

Ihr Ansprechpartner
Bereich
Telefon
E-Mail

Lars Knuchel
Leiter Unternehmenskommunikation
+41 61 275 5150
lars.knuchel@iwb.ch

Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern

Basel, 11. Februar 2015

Vernehmlassungsvorlage Strategie Stromnetze

Stellungnahme IWB

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Strategie Stromnetze Stellung zu nehmen. IWB ist das Unternehmen für Energie, Wasser und Telekom. Es versorgt und vernetzt seine Kunden in der Region Basel und darüber hinaus. IWB ist ein führender Dienstleister für erneuerbare Energie und Energieeffizienz. Als Nordwestschweizer Verteilnetzbetreiber sowie als Miteigentümer von Grosswasserkraftwerken im Alpenraum (inkl. Pumpspeicher) ist IWB von den geplanten Gesetzesänderungen umfassend betroffen.

IWB begrüsst grundsätzlich das Bemühen, auf einer übergeordneten Ebene die Frage der künftigen Stromnetzplanung gesamthaft anzugehen. Die Netzbetreiber und Energieversorgungsunternehmen benötigen klare Vorgaben für die Stromnetzinfrastuktur, um das bestehende Stromnetz um- und auszubauen sowie der geforderten Rolle der Schweiz als «Batterie Europas» gerecht zu werden. Eine intensivere Abstimmung von Planung, Koordination und Umsetzung von Bauprojekten ist deshalb notwendig und sinnvoll. Gleichzeitig möchten wir von einer übermässigen Regulierung abraten. Als Verteilnetzbetreiber, der vor allem auf den Netzebenen 3-7 tätig ist, glauben wir, dass sich ein Grossteil der im Rahmen der Strategie Stromnetze vorgeschlagenen Massnahmen auf die Netzebenen 1-3 beschränken sollte.

IWB befürwortet die angestrebte Vereinfachung der Planverfahren und die Absicht zur schnelleren Abwicklung von Bauprojekten samt den entsprechenden Bewilligungsverfahren. Wir stellen jedoch fest, dass der in der Vorlage neu definierte Netzentwicklungsprozess (mit den beiden vorgeschlagenen Prozessschritten «Szenariorahmen» und «Bedarfsermittlung») das Risiko aufweist, die Komplexität zu erhöhen und die Verfahren zu verzögern. Die angestrebte Beschleunigung und Effizienzsteigerung scheint uns unter diesen Bedingungen kaum möglich zu sein. Als langjähriger Verteilnetzbetreiber kennt IWB den ausgewiesenen Mehrwert einer nach subsidiären Überlegungen gelebten Koordination. So koordinieren wir im Kanton Basel-Stadt schon seit Jahren unsere Bauprojekte auf den Netzebenen 3-7 in enger Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden.

Aufgrund dieser Erfahrungen befürchten wir, dass eine zusätzliche Koordination mit weiteren Akteuren die Planungsverfahren komplizieren und damit verzögern würde. Deshalb halten wir insbesondere bei der Planung der Netzebenen 3-7 einen Einbezug weiterer Stellen (ElCom, BFE) für unnötig.

Die gesamten Auswirkungen auf den Durchlauf von Netzausbau- oder Netzerneuerungsmassnahmen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend abzuschätzen. Wir glauben jedoch, dass die vorgeschlagenen Verfahren und zusätzlichen Netzentwicklungsprozesse weder die Planverfahren verschlanken noch Bauprozesse verkürzen werden.

Das gilt vor allem für Sachplanverfahren bei der Erstellung von Leitungen der Netzebene 1, weshalb wir an deren Stelle im Sinne der Vereinfachung die Einführung eines «nicht referendumspflichtigen Bundesbeschlusses» vorschlagen (vgl. Frage 13, 14 im beiliegenden Fragenkatalog). Im Übrigen weist die BFE-Arbeitsgruppe Rechtsfragen und Verfahren in ihrem Schlussbericht («Beschleunigung der Bewilligungsverfahren», 19.09.2012) ebenfalls auf die Tauglichkeit einer solchen Lösung hin. Vor diesem Hintergrund ist auch die Übertragung weiterer Zuständigkeiten an das BFE bei der Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes kritisch zu hinterfragen (vgl. Frage 15).

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass zusätzliche Kosten und Mehrkosten, die mit den Gesetzesänderungen entstehen, vollständig in den Netznutzungsgebühren anrechenbar sein müssen. Das betrifft insbesondere:

- Mehrkosten für die Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung (vgl. Frage 19);
- Kosten für Informationsmassnahmen der Netzbetreiber und zusätzliche Leistungen für die Kantone (vgl. Frage 23);
- Kosten für innovative Massnahmen für intelligente Netze (z.B. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie ES 2050 des Bundes (vgl. Frage 24, 25);
- weitere, durch Art. 9 StromVG induzierte Kosten, die im beiliegenden Fragenkatalog nicht aufgeführt sind. Diese müssen ebenfalls anrechenbar sein und dürfen nicht durch eine Regulierung gekürzt werden.

Insgesamt fällt auf, dass die Vernehmlassungsvorlage zahlreiche Modalitäten bis Netzebene 7 auf Gesetzesebene regeln will, deren Ausgestaltung nach unserem Verständnis – wenn überhaupt – auf Verordnungsstufe besser aufgehoben wäre, wobei das im Einzelfall zu prüfen ist.

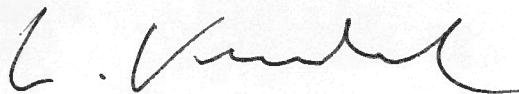
Zudem ist es für IWB als Verteilnetzbetreiber zentral, dass bei Koordination und Planung einvernehmliche Einigungen und Verhandlungen auf Augenhöhe stattfinden, was am ehesten durch die ausgewogene und paritätische Zusammensetzung der jeweils beteiligten Arbeitsgruppen gewährleistet werden kann.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Argumente und Forderungen – und stehen Ihnen für allfällige Fragen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. David Thiel
CEO



Lars Knuchel
Leiter Unternehmenskommunikation

Beilage
Fragenkatalog Strategie Stromnetze Vernehmlassungsvorlage

Kopie per E-Mail an: strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

IWB, Basel

Inhalt

Szenariorahmen.....	2
Bedarfsermittlung.....	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz.....	8
Öffentlichkeitsarbeit.....	9
Geodaten	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

IWB befürwortet die angestrebte Vereinfachung der Planverfahren und die Absicht zur schnelleren Abwicklung von Bauprojekten inklusive den entsprechenden Bewilligungsverfahren. Wir stellen jedoch fest, dass der in der Vorlage neu definierte Netzentwicklungsprozess (mit den beiden vorgeschlagenen Prozessschritten «Szenariorahmen» und «Bedarfsermittlung») das Risiko aufweist, die Komplexität zu erhöhen und die Verfahren zu verzögern. Der vorgeschlagene Netzentwicklungsprozess mit dem energiewirtschaftlichen Szenariorahmen sollte verbindlich für Übertragungsnetzbetreiber (Netzebenen 1-3) gelten. Für die weiteren Netzebenen und die Verteilnetzbetreiber ist dieser Prozess als Empfehlung vorzuschlagen. Die Kosten, die aufgrund des erheblichen Mehraufwands entstehen, müssen in jeden Fall anrechenbar sein.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

IWB sieht keinen Vorteil in der gesetzlichen Verankerung einer fixen Periodizität. Diese sollte aus Flexibilitätsgründen auf Verordnungsstufe geregelt werden.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Frist sollte flexibel sein, eine fixe Periodizität von 5 Jahren ist nicht sinnvoll.

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nein, aus unserer Sicht ist dies unnötig. Das bestehende StromVG schreibt schon heute einen effizienten und wirtschaftlichen Netzbetrieb vor (Art. 8, StromVG).

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine gesetzliche Vorschrift für die Netzebenen 4-7 halten wir für unnötig. IWB koordiniert bereits ihre Projekte auf den Netzebenen 3-7 mit dem Kanton Basel-Stadt. Eine gesetzliche Vorschrift für die Netzebenen 1-3 ist allerdings sinnvoll.

7. Erachten Sie es als ~~notwendig~~/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Im Sinne der Koordination macht es Sinn, dass alle Netzbetreiber ihre Mehrjahrespläne der Netzebenen 1-3 bei der ElCom einreichen. IWB erstellt Mehrjahrespläne auf 4 Jahre und kann diese der ElCom zur Verfügung stellen. Anders als im Gesetzesvorschlag vorgesehen, ist der

bestehende Prozess aus Sicht IWB ausreichend und eine schweizweite Koordination von der ElCom sinnvoll und heute schon möglich. Es ist Sache der ElCom, die eingereichten Informationen aufzubereiten. Die gesetzliche Verankerung einer Einreichungsfrist und eine auf 10 Jahre ausgerichtete Planung sind aus unserer Sicht nicht sinnvoll.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Falls eine gesetzlich verankerte Einreichungsfrist eingeführt wird, sollte diese mindestens 12 Monate betragen.

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
- Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Falls ja, sollte diese Regelung nur für die Netzebenen 1-3 gelten. Eine solche Regelung für darunter liegende Netzebenen bedeutet aus Sicht IWB einen unverhältnismässig hohen Aufwand.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nein, Mehrjahrespläne werden bei IWB rollend aktualisiert. Eine gesetzliche Vorgabe dieser Frist ist unnötig.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Falls eine gesetzlich verankerte Einreichungsfrist verankert wird, sollte diese mindestens 12 Monate betragen.

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Damit können ggf. anstehende Massnahmen beschleunigt werden. Die Anlagen der Netzebene 3 müssen jedoch im Eigentum der Verteilnetzbetreiber verbleiben.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Anspruch der Strategie Stromnetze ist es, das Verfahren zu vereinfachen. Deshalb sollten elektrische Leitungen von der Sachplanpflicht befreit werden. Anstelle des Sachplanverfahrens sollte mit einem «nicht referendumspflichtigen Bundesbeschluss» über das strategische Stromnetz Behördenverbindlichkeit geschaffen werden. Dies würde die Verfahren verkürzen.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VP eA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☒ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die bestehende Vorgabe in der Verordnung reicht völlig aus.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Hierdurch kann die potentielle Trasse von der Projektidee bis zur Realisierung gesichert werden.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Falls dies gleichwohl vorkommen sollte, müssen die Kosten von der Übertragungsnetzbetreiberin getragen werden und dürfen keiner Anreizregulierung oder ähnlichem unterworfen werden.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Jedoch müssen die Mehrkosten zu 100% anrechenbar sein und dürfen bspw. im Rahmen einer Anreizregulierung nicht beabschlagt werden.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine Obergrenze ist an sich sinnvoll. Jedoch sollten sowohl die definierten Kriterien wie die Festlegung des Mehrkostenfaktors auf Verordnungsstufe geregelt werden.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Bundesrat sollte keinen „Freipass“ zur Bestimmung von Ausnahmeregelungen erhalten, den er auf Verordnungsstufe einführen könnte. Deshalb ist die in Artikel 15c, Abs. 3 vorgesehene Regelung ersatzlos zu streichen.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Einführung eines «nicht referendumpflichtigen Bundesbeschlusses» für Netzbauprojekte.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Kosten müssen vollständig anrechenbar und nicht beeinflussbar sein.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bei einer Verpflichtung zu innovativen Massnahmen für intelligente Netze, müssen die Kosten vollständig anrechenbar und nicht beeinflussbar sein.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die Netzebenen 1-3 zielführend. Für die weiteren Netzebenen 4-7 erachten wir diesen Vorschlag als nicht zielführend.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die Netzebenen 1-3 zielführend. Für die weiteren Netzebenen 4-7 erachten wir diesen Vorschlag als nicht zielführend. Die ElCom hat bereits Mengendaten. Eine weitere Datensammlung zur Bestimmung des Mengengerüsts ist aus Sicht IWB abzulehnen.

12.02.15

CH-4002
Basel

751326

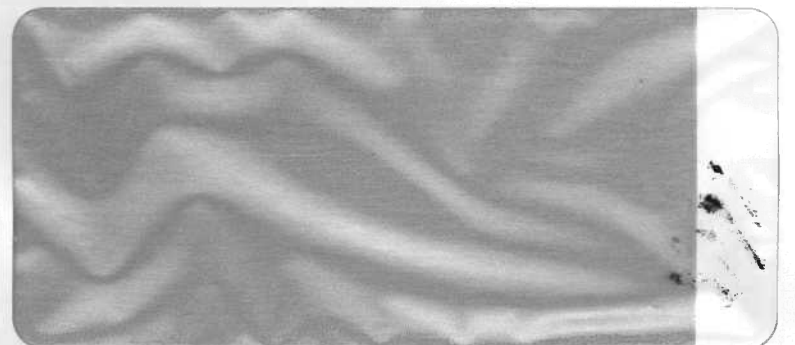
005.30

R Suisse



DIE POST

Einschreiben



Falls refusiert oder nicht
abgeholt, als taxpflichtige
B-Post zurücksenden.

iwb